

mal seit Erschaffung der Welt bis auf unsere Tage eine derartige Versammlung nicht bestehen könne. So sei eine Rechte und Linke, eine äußerste Rechte und Linke zc. entstanden, deren Bildung keineswegs aus Nachahmungssucht der Franzosen, sondern aus innerer Nothwendigkeit hervorgegangen.

Die Verhandlungen selbst hätten bisher deshalb eine große Schwierigkeit dargeboten, weil man noch nicht habe dazu kommen können über den Umfang der Reichsgewalt und eine Regelung derselben zu berathen. Man habe es der Nationalversammlung von mancher Seite zum Vorwurf gemacht, daß man zur Feststellung der Grundrechte geschritten, ehe man über die Reichsgewalt sich geeinigt; es sei aber die Nothwendigkeit erkannt worden, erst diesen Grundrechten Anerkennung zu verschaffen, da eine 33jährige Erfahrung leider gezeigt, wie wenig Ernst es den Regierungen gewesen, die den Völkern versprochenen Rechte und Zugeständnisse anzuerkennen und zu halten. Dann erst sei es an der Zeit die Rechte der Dynastien festzustellen. Ob schon nun, wie dies nicht anders habe geschehen können, die Verhandlungen über die Grundrechte nur langsam fortgeschritten, so stehe doch gegenwärtig die Beendigung dieser hochwichtigen Angelegenheit in wenig Tagen und die Publication noch im Laufe dieses Jahres in Aussicht. Der Redner theilt sodann die verschiedenen Paragraphen der Grundrechte mit, die er als eine schöne Basis für die Freiheit des deutschen Volks bezeichnet. Zunächst verbreitet sich der Sprecher über das Recht der Freizügigkeit und die Regulirung der Gewerbeverhältnisse. In Bezug auf die von vielen Innungen an die Nationalversammlung eingesendeten Petitionen bemerkt der Abgeordnete, daß man damit umgehe, die Innungen auf eine andere Art zu organisiren. Sodann bezeichnet derselbe den die Presse behandelnden Abschnitt als den freisinnigsten Paragraphen. Wenn man nun auch dem sich einschleichenden Mißbrauch nicht Thor und Thür habe verschließen können, so dürfe man darob der Nationalversammlung keinen Vorwurf machen, die deshalb die Freiheit, die ganz bestimmt und sicher zur Ordnung führe, nicht habe beeinträchtigen können, und weist dabei auf das freieste Land Europa's, auf England hin, das bis jetzt von den Bewegungen der Zeit unberührt geblieben. Als dritten Paragraphen nennt der Redner die Selbstständigkeit der verschiedenen Religionsgesellschaften und die Trennung der Kirche vom Staate und hofft, das sächsische Volk werde das Recht erlangen, die Geistlichen und Schullehrer selbst zu wählen. Der vierte Paragraph behandelt die Befreiung des Grund und Bodens von den Feudallasten. Die Belastung des Grund und Bodens sei in manchen Gegenden Deutschlands noch außerordentlich groß und die Befreiung von diesem unnatürlichen Drucke zeitgemäß und dringend.

Was nun die Verdächtigungen anlange, mit welchen man in Sachsen die Linke, der er selbst angehöre, überhäuft, so müsse er dieselben mit Enttäuschung zurückweisen, da sie, die meist anonym durch

die Presse verbreitet würden, beim Lichte besehen in Nichts zerfielen. Von der Linken seien die entschiedensten, für die jetzige Zeit ersprießlichsten Anträge gestellt worden, so daß der Vorwurf, die Linke überstürze sich, durchaus unbegründet dastehe und noch nicht im geringsten von den Gegnern bewiesen worden sei. Die Linke solle ferner Aufruhr gepredigt haben und Schuld sein an den Ereignissen des 18. September. Solcher und ähnlicher Anschuldigungen bediene man sich, um die Linke in den Augen des Volkes herabzusetzen. Es sei die unsinnigste Anklage, wenn man behaupte, eine aus 131 Mitgliedern bestehende Partei habe in der Stille Aufruhr gepredigt, was doch in der That bei der Deffentlichkeit aller ihrer Verhandlungen gar nicht möglich gewesen sei. Dennoch gebe es Leute, welche einem solchen durch die Zeitungen ausgesprochenen Gerüchte Glauben schenken. Der Redner schildert nun die Ereignisse der Septembertage und bemerkt dabei, daß gerade die Linke dieselben mit allen Kräften zu unterdrücken gesucht habe.

Der Redner geht sodann auf die dänische Waffenstillstandsfrage über, durch deren Abschluß und Gutheißung von Seiten der Majorität der Nationalversammlung die Ehre Deutschlands in Gefahr gerathen, der Sieger zum Besiegten geworden. Hätte man diesen Waffenstillstand sistirt, so würde es dennoch Niemand gewagt haben 45 Millionen Deutsche deshalb anzugreifen. Um aber zum Zweck zu kommen, habe man um jeden Preis den Krieg mit dem Auslande als Popanz hingestellt und die Gemüther in eine ganz unnöthige Furcht und Angst zu versetzen gewußt. Wenn nun aus Theilnahme für diese Frage am Abend nach der Abstimmung darüber ein Theil des Volkes in Frankfurt Excesse begangen, so könne doch daraus unmöglich die Folgerung gezogen werden, die Linke habe sie hervorgerufen, weil sie hinsichtlich der Waffenstillstandsfrage mit den Tumultuanten derselben politischen Ansicht ist. Auch seien am Tage darauf bei Gelegenheit einer von gegen 12,000 Menschen auf der Pfingstwiese abgehaltenen Volksversammlung von mehreren Mitgliedern der Linken aufreizende Reden gehalten worden und man habe dort beschlossen, die Linke möge austreten und ein besonderes Parlament bilden. Die betreffenden Reden würden im Druck erscheinen und den Beweis liefern, daß sie etwas Aufreizendes nicht enthalten und die Linke habe mit großer Majorität in einer besondern Berathung beschlossen, in der Paulskirche zu bleiben. Der Linken würde es nur sehr lieb sein, wenn man eine Untersuchung deshalb einleitete, aus welcher sie von dem gegen sie geschleuderten Verdächtigungen gereinigt hervorgehen müßte. Wahr sei es allerdings, daß gegenwärtig einige Mitglieder der Linken wegen der Theilnahme an den genannten Ereignissen in Untersuchung sich befänden; indessen müsse doch zwischen einzelnen Mitgliedern einer Partei und der Partei selbst ein großer Unterschied gemacht werden, da Das, was der Einzelne verschuldete, doch unmöglich der ganzen Partei angerechnet werden könne, wenn man nicht in Demagogerie verfallen